

28.04.2022

Niederschrift 002/2022

Jugendhilfeausschuss

am 02.03.2022 | Aula | Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:32 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Norbert Enters (SPD)

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding

Herr Uwe Zühlke

Vertretung für Frau Gutzmerow

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Claudia Gebhard

Herr Jan-Eike Kersting

Frau Susanne Melchert

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Frau Sandra Heinrichsen

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Daniela Heil

Kreistagsmitglieder FDP

Frau Claudia Lange

Vertretung für Herrn Wette

Ordentliches Mitglied

Herr Rainer Goepfert, Geschäftsführer | Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems

Frau Margarita Harder | Diakonie Ruhr-Hellweg

Frau Wibke Knoche | Caritasverband für den Kreis Unna e.V.

Herr Wolfgang Nickel | Die Falken, Ortsverband Bönen

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Frederik Bald | Ortsjugendring Holzwickede

Herr Gisbert Biermann | Ev. Kirchenkreise Unna und Hamm

Anwesend bis 17.30 Uhr

Frau Manuela Hubrach, Gleichstellungsbeauftragte | Gemeinde Holzwickede

Herr Bernd Kasischke, 1. Beigeordneter | Gemeinde Holzwickede

Herr Jörg-Andreas Otte, Fachbereichseiter II | Gemeinde Bönen

Frau Bettina Vorberg, Schulleitung | Regenbogenschule Kreis Unna

Frau Deniz Werth | Integrationsrat Bönen

Herr Felix Wiggeshoff | Jobcenter Kreis Unna

Beratendes stellvertretendes Mitglied

Frau Nicole Aderholz | Agentur für Arbeit Unna

Vertretung für Herrn Le

Frau Annika Betzinger | Jugendamtselternbeirat

Vertretung für Frau Raffenberg

Herr Christoph Börger, Leiter Fachbereich 2 | Stadt Fröndenberg/Ruhr

Vertretung für Frau Müller

Verwaltung

Herr Torsten Göpfert, Dezernent | Dezernat III

Frau Katja Schuon, Leiterin Fachbereich 51 – Familie und Jugend

Frau Christine Anetsberger, Sachgebietsleiterin 51.3 - Kindertagesbetreuung u. wirtschaftliche Hilfen

Frau Annika Schönfeld, Schriftführerin | Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Abwesend:

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Gutzmerow

Vertretung für Frau Gutzmerow

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Andreas Wette

Ordentliches Mitglied

Frau Vivien Duncker | Ev. Kirchenkreis Unna, Ev. Jugendarbeit

Herr Heiner Redeker | Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Kreisverband Unna

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Jörg Hüchtmann, Richter | Amtsgericht Unna

Herr Andreas Kaltenberg | Kreispolizeibehörde Unna

Herr Huu Phuoc Josef Le | Agentur für Arbeit Unna

Herr Bernhard Middelani | Dekanat Unna

Frau Sabina Müller, Bürgermeisterin | Stadt Fröndenberg/ Ruhr

Frau Dr. Karen Anke Pistel | Fachbereich 53

Frau Kira Raffenberg | Jugendamtselternbeirat

Herr Enters begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 17.02.2022 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Punkt 2

Organisationsuntersuchung im Fachbereich Familie und Jugend;
Sachstandsbericht

Punkt 3 028/22

Einführung eines Fach- und Finanzcontrollings im Fachbereich 51 Familie und Jugend;
Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der CDU-Fraktion vom 16.02.2022

- Punkt 3.1** 033/22 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022
- Punkt 4** Darstellung der Arbeitsabläufe im Allgemeinen Sozialdienst (ASD);
Prozess der Kindeswohlgefährdung
- Punkt 5** 026/22 Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zum 01.08.2022
- Punkt 6** 024/22 Neubau einer Kindertageseinrichtung in Bönen und Weiterführung der Modulkita an
der Poststr. 1;
Durchführung eines Interessensbekundungsverfahrens
- Punkt 7** 022/22 Geplante Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträ-
gen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruch-
nahme von Kindertagespflege
- Punkt 8** 012/22 Aufholen nach Corona: Bericht über die Verwendung der Mittel in 2021 und Verga-
be der Mittel in 2022
- Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen
- Punkt 9.1** Begleitung von Abschiebungen durch das Jugendamt des Kreises Unna

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- Punkt 2** **Organisationsuntersuchung im Fachbereich Familie und Jugend;
Sachstandsbericht**

Erörterung

Herr Göpfert berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1) zu dem aktuellen Sachstand der Organi-
sationsuntersuchung im Fachbereich Familie und Jugend sowie dem weiteren Vorgehen.

- Punkt 3** 028/22 **Einführung eines Fach- und Finanzcontrollings im Fachbereich 51 Familie
und Jugend;
Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der CDU-Fraktion vom 16.02.2022**
- Punkt 3.1** 033/22 **Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2022**

Erörterung

Herr Kersting begründet für die CDU-Fraktion den Antrag dieser.

Frau Bartmann-Scherding teilt mit, dass die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und daher heute nicht über den Antrag abstimmen könne.

Frau Lange schließt sich für die FDP-Fraktion den Ausführungen von Frau Bartmann-Scherding an.

Die Beratung und Beschlussfassung wird einvernehmlich auf die Sitzung des Kreisausschusses und des Kreistages verschoben.

Punkt 4 Darstellung der Arbeitsabläufe im Allgemeinen Sozialdienst (ASD); Prozess der Kindeswohlgefährdung

Erörterung

Frau Schuon erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) die Arbeitsabläufe im Allgemeinen Sozialdienst (ASD), insbesondere im Rahmen des Prozesses bei Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung.

Im Anschluss an Ihre Ausführungen beantwortet sie aufkommende Nachfragen.

Herr Kersting erkundigt sich zu den Gründen der deutlichen Steigerung der Meldungen von möglichen Kindeswohlgefährdungen in Holzwickede. Frau Schuon teilt mit, dass diese Thematik im Rahmen der Erstellung des Tätigkeitsberichts noch einmal näher betrachtet würde. Anschließend könnten konkretere Ausführungen getroffen werden.

Frau Bartmann-Scherding teilt mit, dass sie sich ebenfalls eine detaillierte Betrachtung der Situation in Holzwickede wünsche. Ferner führt sie aus, dass sich in der Vergangenheit beispielsweise im Fall Lügde gezeigt habe, dass die Einhaltung datenschutzrechtlicher Regelungen oft ein Hindernis in der Aufarbeitung der Prozesse bei Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung sei. Daher sei zu fragen, ob der Ausschuss bei der Landesregierung oder dem Gesetzgeber politisch aktiv werden wolle, um die Änderung einzelner gesetzlicher Regelungen zu erwirken und somit einen besseren Austausch der beteiligten Institutionen zu ermöglichen.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Frau Bartmann-Scherding teilt Herr Göpfert mit, dass Kindeswohl nicht am Datenschutz scheitern dürfe. Er ergänzt, dass entsprechendes Fachpersonal durch das Kinderschutzgesetz verpflichtet sei, dem Jugendhilfeträger das Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung zu melden. Auch in diesem gut eingeübten Verfahren, könne hinsichtlich des Datenaustausches sowie der Kooperation in bestehenden Fällen geschaut werden, ob Veränderungen vorgenommen werden können und müssen. Es sei wichtig, dass ein intensiver Austausch zwischen den Akteur*innen gewährleistet sei. Ob und inwieweit dort eklatante Nachholbedarfe bestünden, könne er aus dem Stand nicht sagen.

Herr Enters merkt an, dass es gut sei zu erfahren, was man im Kreis Unna mit Bordmittel bewerkstelligen könnte. Man habe zwischen allen Beteiligungsbereichen Handlungsspielräume, die mehr oder weniger genutzt würden. Vielleicht könne über diesen Weg etwas verändert werden. Darüber hinaus bittet er die Verwaltung, die Hintergründe der deutlichen Unterschiede der Zuwachsraten in den einzelnen Kommunen zu analysieren. Die weitere Beratung könne sodann an erlangten Erkenntnissen anknüpfen.

Frau Heil merkt an, dass es interessant sei kommunenspezifisch darzustellen, von welcher Stelle die potenziellen Kindeswohlgefährdungen gemeldet werden (Schule, Einrichtungen, Privatpersonen etc.).

Erörterung

Herr Göpfert teilt mit, dass der vorliegende Beschluss handlungsleitend sei, für die tatsächliche Mittelbeantragung beim Landesjugendamt. Er ergänzt, dass jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt klar sei, dass die Einrichtung der vorgesehenen KITA-Gruppen nicht in jeder Kommune gelingen könne.

Bezugnehmend auf eine Nachfrage von Herrn Kersting berichtet Frau Schuon zu dem aktuellen Sachstand der Bemühungen um die tatsächliche Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes:

Zur Situation in Bönen teilt Frau Schuon mit, dass vorbehaltlich eines positiven Beschlusses des Ausschusses unter dem Tagesordnungspunkt 3 (Interessenbekundungsverfahren), ab dem 01.08.2022 vier zusätzliche Gruppen an der bisherigen Container-KITA eingerichtet würden. Die Container-KITA würde derzeit noch durch die „AWO Kleine Forscher“ genutzt. Für diese stünde jedoch zeitnah ein Umzug in ihre finale Einrichtung am Borgholz II an.

Bezugnehmend auf die Situation in Fröndenberg teilt Frau Schuon mit, dass zum 01.03.2022 ein Trägerwechsel bei der Elterninitiative „Ruhrpiraten“ stattgefunden habe. Derzeit sei die Verwaltung in Gesprächen mit dem neuen Träger, der KITA Hegemann gGmbH, inwieweit dort zwei weitere Gruppen eingerichtet werden könnten. Auch mit den anderen Trägern in Fröndenberg würden Gespräche hinsichtlich einer möglichen Aufstockung der Gruppen geführt.

In Holzwickede stünde ein Umzug der KITA „Schatzkiste“ in neue Räumlichkeiten an, sodass die alten Räumlichkeiten entsprechend frei würden. In diesen würden sodann zwei weitere Gruppen eingerichtet. Da jedoch nur einer der vorhandenen Räume entsprechend geeignet sei, könne lediglich eine Gruppe der dringend benötigten Gruppenform II eingerichtet werden. Ferner führe die Verwaltung auch in Holzwickede Gespräche mit den dortigen Trägern, um einen möglichen Ausbau der bisher vorhandenen Gruppen zu eruieren. Auch die Möglichkeit eines Waldkindergartens sei bei den Trägern angesprochen worden. Diese hätten die Thematik zur Prüfung mitgenommen.

Bezugnehmend auf eine Nachfrage von Frau Bartmann-Scherding hinsichtlich der Klagebereitschaft der Eltern (im Rahmen des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz) teilt Herr Göpfert mit, dass der Kreis Unna bisher keine Klagen als anhängig gehabt und somit auch keine Erfahrungen zu dieser Thematik habe.

Abschließend bittet Herr Enters die Verwaltung in der kommenden Ausschusssitzung einen weiteren, aktualisierten Sachstand zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zu geben.

Beschluss

Die im Rahmen der Jugendhilfeplanung festgelegten Gruppenformen und Betreuungszeiten, die Anzahl der integrativen Kinder und u3-Plätze in der Kindertagespflege für das Kindergartenjahr 2022/2023 werden beschlossen.

Die im Rahmen der Bundesinvestitionsprogramme für den Ausbau von Betreuungsplätzen geförderten u3-Plätze werden vorrangig mit u3-Kindern belegt.

Der Landrat wird beauftragt, Gespräche zur Realisierung von insgesamt 13 zusätzlichen Betreuungsgruppen zu führen. Diese 13 Gruppen verteilen sich wie folgt auf die drei Kommunen:

- Bönen
 - vier zusätzliche Gruppen (2 x Gruppenform I, 1 x Gruppenform II, 1 x Gruppenform III)

- Fröndenberg/Ruhr
 - drei zusätzliche Gruppen (3 x Gruppenform II)
- Holzwickede
 - sechs zusätzliche Gruppen (1 x Gruppenform I, 5 x Gruppenform II)

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 024/22 Neubau einer Kindertageseinrichtung in Bönen und Weiterführung der Modulkita an der Poststr. 1; Durchführung eines Interessensbekundungsverfahrens

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, ein Interessensbekundungsverfahren hinsichtlich der Trägerschaft für eine vierzügige Kindertageseinrichtung in Bönen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Punkt 7 022/22 Geplante Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege

Erörterung

Nach kurzen Erläuterungen zu der vorliegenden Drucksache durch Frau Schuon teilt Herr Kersting für die CDU-Fraktion mit, dass man im Zuge der Beratung der vorherigen Tagesordnungspunkte gesehen habe, dass in einigen Bereichen in den Jugendamtskommunen derzeit weiterhin nur mit Übergangslösungen gearbeitet werden und nicht alle Bedarfe gedeckt werden können. Dies müsse im Weiteren berücksichtigt werden. Die Verwaltung habe nun den Arbeitsauftrag, einen entsprechenden Satzungsentwurf vorzubereiten. Dieser sei jedoch zunächst ergebnisoffen.

Herr Göpfert betont, dass die Verwaltung für Kritik, Anregungen und Prüfaufträge der Politik dankbar sei und diese mitnehmen werde.

An die Politik gerichtet führt Herr Kasischke aus, dass die aktuelle Satzung des Kreises neun Jahre alt sei und man sich insbesondere mit dem Thema Dynamisierung auseinandersetzen müsse. Im interkommunalen Vergleich lägen die Elternbeiträge im Kreis Unna sowohl bei den U2-/U3-Plätzen, als auch bei den Ü2-/Ü3-Plätzen unter dem Durchschnitt. Er wolle zudem ergänzen, dass sich der Standard, den man im Kreis Unna setze, eher im oberen Durchschnitt befinde. Grundsätzlich sei er der Meinung, dass eine gute Leistung, in Relation mit guten Einkünften (die sich in den letzten Jahren aus Tarifabschlüssen ergeben hätten), eine angemessene Kostenbeteiligung zur Folge haben könne. Dies bitte er, bei den anstehenden politischen Beratungen zu berücksichtigen.

Bezugnehmend auf den Inhalt der vorliegenden Drucksache weist Frau Gebhard - aufgrund des Aufwands der Prüfung – darauf hin, den Punkt „Steuerfreie Einkünfte“ unter der Überschrift „Maßgebliches Einkommen“ noch einmal verwaltungsseitig zu prüfen.

Die Drucksache 022/22 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 012/22 Aufholen nach Corona: Bericht über die Verwendung der Mittel in 2021 und Vergabe der Mittel in 2022

Erörterung

Ergänzend zu vorherigen Erläuterungen von Frau Schuon berichtet Herr Göpfert, dass die Jugenddezernenten im Ruhrgebiet das Landesjugendamt ausdrücklich darum gebeten haben, auch zum Ende des Jahres 2022 die nicht verausgabten Mittel in das Haushaltsjahr 2023 übertragen zu können. Auch wenn erkennbar sei, dass weitere Programmlinien im Rahmen von „Aufholen nach Corona“ folgen sollen.

Da Programmlinien schwierig zu administrieren und zudem mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden seien, habe man sich ferner dafür ausgesprochen, die Fördermittel über Regelstrukturen in Schulen und in die Jugendhilfe zu bringen (bspw. über den Landesjugendplan). Dies würde die Thematik erleichtern und für die kommenden Jahre bestätigen. Es brauche eine verlässliche Aufstellung, die geeignet sei, die Kommunen mehrjährig in die Lage zu versetzen mit Kindern und für Kinder gute Dinge verlässlich zu entwickeln.

Beschluss

1. Die Verteilung der Landes-/Bundesmittel „Aufholen nach Corona“ 2022 in Fördersäule 2 in Höhe von 163.454,82 Euro erfolgt vorläufig in Aufteilung auf die drei Kommunen zu je 54.484,94 Euro.
2. Die Landes-/Bundesmittel „Aufholen nach Corona“ 2021 in Fördersäule 2 werden im Übertrag auf 2022 komplett der Fördersäule 2 zugeteilt.
3. Eine Verrechnung der Mittel unter den Kommunen bzw. unter den Fördersäulen ist zum Jahresende möglich, um die Fördermittel möglichst komplett aufzubreuchen. Der Landrat wird beauftragt, zur November-Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen entsprechenden Vorschlag zu erarbeiten.
4. Die in Anlage 2 zur Drucksache 012/22 aufgeführten Maßnahmen werden bezuschusst.
5. Die Verteilung der Landes-/Bundesmittel „Aufholen nach Corona“ 2022 in Fördersäule 3 in Höhe von 50.329,20 Euro erfolgt in Aufteilung auf die drei Kommunen zu je 16.776,40 Euro. Die Verteilung wird in den jeweiligen Jugendringen auf schriftlichen Antrag beschlossen und rechtlich durch den Fachbereich Familie und Jugend überprüft und bewilligt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 9 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 9.1 Begleitung von Abschiebungen durch das Jugendamt des Kreises Unna

Frau Werth richtet sich mit den folgenden Fragen an die Verwaltung:

1. Begleitet das Jugendamt oder die Jugendhilfe Abschiebungen, bei denen Kinder involviert sind?

2. Sofern das Jugendamt oder die Jugendhilfe diese Abschiebung nicht begleitet, ist dies eine bewusste Entscheidung und wenn ja, warum werden Abschiebungen nicht begleitet – gilt der Kinderschutz hier nicht?

Herr Göpfert teilt mit, dass das Jugendamt des Kreises Unna in diesen Fragen bislang nicht beteiligt werde. Zu den Beweggründen könne er keine Aussagen treffen.

Bezugnehmend auf die Vorschriften des SGB VIII weist Herr Enters darauf hin, dass der Ausschuss das Recht habe, sich mit allen Belangen zu befassen, die Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien betreffen. Insofern könne der Ausschuss auch ordnungspolitischen Fragen diskutieren. Sofern er feststelle, dass er sich mit dieser Thematik beschäftigen möchte, weil er die Interessen der Kinder gut oder weniger gut vertreten sehe, sei es zulässig die genannten Fragen an die Ausländerbehörde weiterzuleiten und um eine entsprechende Auskunft zu bitten.

Anlagen

Anlage 1 - Präsentation der Verwaltung "Organisationsuntersuchung – Sachstand und weitere Schritte"

Anlage 2 - Präsentation der Verwaltung "Arbeitsabläufe im Allgemeinen Sozialdienst (ASD) – Prozess Kindeswohlgefährdung"

gez. Annika Schönfeld
Schriftführerin

gez. Norbert Enters
Vorsitzender